

Resolution gegen Rastanlage gescheitert

KIRCHHEIMBOLANDEN: Grüne ohne Erfolg

► Keinen Erfolg hatte die Fraktion der Grünen am Mittwoch mit ihrem Versuch, den Kreistag zur Annahme einer Resolution gegen die geplante Tank- und Rastanlage an der Autobahn bei Steinbach zu bewegen. In der Resolution sollte der Landesbetrieb Mobilität zur Aufgabe des Projekts, das derzeit in der Planfeststellung ist, aufgefordert werden.

Für die Resolution stimmten am Ende nur die drei Grünen-Fraktionsmitglieder selbst, neben zwei Enthaltungen aus der CDU gab es ansonsten nur ablehnende Voten im Kreisparlament.

Norbert Willenbach hatte die Resolution mit dem Flächenverbrauch für das Projekt, unzureichender Prüfung von Alternativstandorten und Umweltbelastungen für die Bürger Steinbachs begründet. Zudem würden die touristischen Bemühungen mit einer solchen Anlage etwa im Blickfeld des Keltendorfes eher konterkariert. Impulse für den Fremdenverkehr gingen von einem Tank- und Rastplatz ohnehin nicht aus, entsprechende Erwartungen seien schon andernorts unerfüllt geblieben, so Willenbacher.

Nachzudenken sei dagegen über einen Autohof, mit dem vorhandene Anlagen wie etwa der Parkplatz Heubergerhof oder Gewerbegebiete in Kirchheimbolanden berücksichtigt und Märkte für regionale Produkte und

Dienstleistungen eingebunden werden könnten. Eine solche Anlage lasse auch eher Impulse für den Tourismus erwarten.

Ein formales Problem hatte Rudolf Jacob (CDU) mit dem Resolutionsantrag. In den Ortsgemeinden Steinbach und Börrstadt sowie im VG-Werkausschuss Winnweiler gebe es gegenläufige Beschlüsse, und da die lokale Betroffenheit und die Beschlüsse vor Ort Gewicht hätten, wäre ein solcher Resolutionsantrag auf Kreisebene erst dann sinnvoll, wenn auch vor Ort gleichlautende Entschlüsse vorlägen. Ulrich Dittrich (SPD) verwies auf das laufende Planfeststellungsverfahren, das Anhörungen vorsehe und Einwände wie die von den Grünen Vorgebracht zu gewichten habe. Prof. Wolfgang Hofmeister (FWG) bekannte, kein Freund solcher Resolutionen zu sein. Wenn schon, dann solle man „richtig dagegen sein“ und vor Ort für die Umstimmung der zuständigen Gremien sorgen. Den Vorrang der Kommunen und Gremien vor Ort als der Betroffenen und eigentlich Zuständigen stellte auch Adolf Kauth (FWG) über eine Einflussnahme auf Landkreisebene.

Wilfried Pick (CDU) schließlich merkte an, dass der Landesbetrieb Mobilität für die Planung eines Autohofes nicht mehr der richtige Ansprechpartner sei. (bke)